

aspekte

FÖJ: bewegung für sozialismus

oktober 73 nr 55



KOMMUNAL
POLITIK

Einzelpreis S 5,-
Jahresabonnement S 50,-

Bei Mitgliedern ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag beinhaltet.

Redaktionskollektiv:
Olga Makomaski, Hannes Morschl, Zsolt Patka,
Manfred Pawlik, Alfred Prandl, Fritz Zaun

Redaktion: 1090 Wien, Porzellangasse 33a,
Telefon: 34 67 145.

Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10,
Telefon: 65 19 52.

Kontonummer: 2-307-435, Länderbank Wien

Inhalt

	Seite
Stadt im Kapitalismus	3
Stadtsanierung	5
Gesundheitswesen und Kommunalpolitik	7
Für die Abschaffung des § 144	11
Stellungnahme der FÖJ - Bewegung für Sozialismus zu den Landtags- und Gemeinderatswahlen in Wien am 21.10.1973	12
Kämpferische Arbeiterselbstverwaltung	14

ERSCHEINUNGSORT: WIEN
VERLAGSPOSTAMT/1040 WIEN

"aspekte" Diskussions- und Informationsblatt der FÖJ - Bewegung für Sozialismus, Wien.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vielfältiger: Freie Österreichische Jugend - Bewegung für Sozialismus, für den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien, Belvederegasse 10/1.



Die in dieser Nummer der Aspekte veröffentlichten Arbeiten von Steiner, Weber und Berger wurden als Diskussionsgrundlage für den Arbeitskreis Kommunalpolitik geschrieben. Unterlagen zur Wohnungsfrage und zum Umweltproblem sind in Arbeit. Materialien zur Verkehrs-, Bildungs-, Kulturpolitik, zum Problem der Demokratisierung der kommunalen politischen Instanzen sind noch auf der Warteliste.

Ziel des Arbeitskreises ist es ein kommunalpolitisches Konzept und Forderungsprogramm zu erstellen, daß helfen soll, Praxis auf diesem Gebiet anzuregen und bestehende Ansätze vor bloßer Handwerkelei zu bewahren.

Das Arbeitsprogramm des Arbeitskreises geht davon aus, daß es falsch wäre, das Versagen in der Kommunalpolitik primär den kommunalen politischen Instanzen vorzuwerfen.

"Die Funktion der kommunalpolitischen Instanzen läßt sich ziemlich strikt aus den Erfordernissen der kapitalistischen Produktion und Reproduktion ableiten. Daher ist es notwendig, Kritik an der Kommunalpolitik mit der Offenlegung dahinter stehender ökonomischer Interessen zu verbinden."

Die Schwerpunkte sind, die hemmenden Faktoren des Kapitals, sowie die Auswirkungen dieser Faktoren auf die Lage der Lohnabhängigen aufzuzeigen.



Stadt im Kapitalismus

ÖKONOMISCHE BEGRÜNDUNG FÜR SOZIALISTISCHE AKTIVITÄTEN IM KOMMUNALEN BEREICH

Gemeinden werden immer mehr der Schauplatz sich verschärfender Konflikte. Den Gemeinden wird es aber immer stärker unmöglich, sie in eigener Initiative zu lösen. In das Vokabular der politischen Strategie von fortschrittlichen Gruppen übersetzt, heißt das: Die Gemeinden bieten zwar eine immer bedeutendere Arena des Klassenkampfes, die Fixierung auf lokale Institutionen und damit auch die bloß lokale Organisation von Kämpfen ist aber perspektivlos.

Gerade die im kommunalen und staatlichen Bereich beruflich und politisch engagierten Gruppen verfallen oft in die Illusion dort in einer Sphäre tätig zu sein, die größere Freiheiten als anderswo in sich bergen. Wir vermeiden nur dann den Fehler die Kommunalpolitik auf das Abstellgleis zu stellen (wie es viele linke Gruppen in einem falsch verstandenen Antirevisionismus tun) oder aber im Gegensatz dazu mit der Stadtteilarbeit das Ei der Revolution ausbrüten zu wollen, wenn wir das Dilemma der Städte als eine aktuelle und notwendige Erscheinungsform der kapitalistischen Grundwidersprüche erkennen können.

Die Richtung und das Ausmaß der Aktivitäten der Kommunen ist abhängig von den jeweiligen Erfordernisse der staatlichen Konjunkturpolitik (also dem ideellen Gesamtkapitalisten) und den Bedürfnissen der lokalen Privatkapitalisten. Es geraten sowohl diese beiden Zielrichtungen, als auch natürlich diese beiden Interessenskonstellationen mit den Nöten und Wünschen des größten Teils der Bevölkerung, den Lohnabhängigen, in Widerspruch zueinander.

Die Stadtväter können (und wollen meistens) auch nicht so schalten, wie es im Interesse der Wohnbevölkerung vernünftig erschiene. Sie unterliegen den Sachgesetzen des Kapitals. Der Löwenanteil der Einnahmen der Gemeinden stammt aus der Gewerbesteuer. Wenn die kommunalen Behörden den lokalen Kapitalisten nicht die Wünsche von den Augen lesen, gehen sie Pleite. In Rezessionen stehen die Gemeinden besonders arm da. Es verringert sich das Steueraufkommen von diesen lokalen Kapitalisten, und dann werden den Gemeinden durch den Staat mit der "Stabilitätspolitik" Investitionsbeschränkungen auferlegt (z. B.: Baustopp, Kreditversteuerungen usw.). Die negativen Auswirkungen des Konjunkturzyklus machen somit die Gemeinden im doppelten Sinne krisenabhängig.

Wenn man noch die sich häufenden Schuldenberge der Gemeinden berücksichtigt, weiters auch die tendentielle rechtliche Übertragung von Entscheidungen auf übergeordnete Instanzen, dann wird das Gerede von der Autonomie,

den Freiräumen der Gemeinden für jeden zu einem sichtbaren Anachronismus.

Der heutige fortgeschrittene Stand der Produktivkräfte bedarf bedeutender Investitionen in Bereichen, wie Ausbildung, Forschung, Verkehrs- und Kommunikationswesen, Gesundheitsdienst und eine weitere ökonomische und soziale Infrastruktur. Für das Kapital stellen aber diese Ebenen kurzfristig unproduktive Kosten dar, und es "muß" sich wegen nationaler und internationaler Konkurrenzzwänge wehren, zuviel aus ihrer Gewinnmasse in diese Gebiete zu überführen. Der Grundwiderspruch von privater Akkumulation und gesellschaftlichen Grad der Produktivkräfte konkretisiert sich heute in dem Umstand, daß Vorkosten und Folgelasten der Produktion sozialisiert werden, also vom Staat getragen werden, und die Gewinne privat eingesteckt werden.

Der prozentuelle Anteil der Schulden an den Einnahmen der Gemeinden in Österreich betrug 1960 6,5% und 1968 12%, und die Schulden in absoluten Zahlen ausgedrückt stiegen in diesen acht Jahren um 320%. Der Zwang der Gemeinden für die gestiegenen Ausgaben auch zusätzliche finanzielle Mittel zu ergattern, liefert sie immer stärker den Kapitalisten aus. Die Möglichkeiten durch höhere Gebühren, Abgaben, Tarife, Steuern und Preise die Massen zu schröpfen, werden zwar weidlich ausgenützt, sind aber doch begrenzt, will man sich die Loyalität der Massen für die nächsten Wahlen erhalten. Es bleibt nur die "Alternative" das Kapital zu ködern, um so mehr Gewerbesteuer zu erhalten. Oft werden diese Anbiederungsversuche an das Kapital geradezu grotesk. Vergleicht man die Summen, die für das Kapital von den Kommunen verausgabt werden (durch Schaffung von günstigen Standorten, Verkehr, günstige Auftragsvergabe, Subventionen usw.), so sind sie oft nur minimal höher als die Mittel, die vom Kapital als Gewerbesteuer in die Gemeindekassen zurückfließen. Im bürgerlichen Jargon wird diese Argumentation für Haarspalterei gehalten: "Die Wirtschaft, das sind doch wir alle. Alles was demnach für die Wirtschaft gemacht wird, kommt letzten Endes auch uns zu gute". Dem ist zu erwidern, daß man ebenso etwas für die Wirtschaft macht, wenn man forciert Gemeinschaftseinrichtungen baut, nur macht man da nichts für das Kapital, sondern für die arbeitenden Menschen.

Wir können national eine Verschärfung des Gegensatzes von Stadt und Land konstatieren, analog zum internationalen Gegensatz von armer Welt und Metropolen. Die städtischen reichen Gemeinden werden viel reicher, sie entwickeln sich viel schneller als die armen kleinen ländlichen Gemeinden. Das ist ein Resultat der anarchischen, kapitalistischen Produktion, die nur korrigiert wird durch kosmetische

Operationen und Anpassungsplanung. Die österreichische Raumordnungspolitik versucht, mit ihrem zur Verfügung stehenden Instrumentarium, die Unterschiede von potenten und schwachen Gemeinden zu glätten, sie kann aber nur Minimalerfolge verzeichnen. Denn es wird in dem anarchischen Automatismus (dieser Begriff scheint ein Widerspruch zu sein, ist aber die getreue begriffliche Wiedergabe des realen Widersinns) nicht eingegriffen. Die reicheren Gemeinden besitzen mehr Mittel das Kapital anzuziehen (günstigere Standorte, qualifiziertere Arbeitskräfte) und können dadurch ihre Mittel vermehren, mit welchen sie zukünftig für das Kapital noch attraktiver sein können. Die Landflucht, der Pendelverkehr in die Städte stellt für letztere einen finanziellen Vorteil dar.

Den Gemeinden obliegen zwar immer mehr Aufgaben, die wirklichen Entscheidungen über die Projekte werden aber immer weniger in den Gemeindestuben gefällt, sondern entweder direkt vom Kapital oder von übergeordneten staatlichen Instanzen. Immer mehr Zuweisungen der Länder und des Bundes an die Gemeinden sind zweckgebunden. Der Anteil der konjunkturwirksamen Ausgaben (Bauinvestitionen haben einen hohen Multiplikator) ist beim Gemeindebudget höher als beim Staatsetat. Damit eignen sich die Gemeinden ausgezeichnet für die antizyklische Konjunkturpolitik, sie haben also besonders in Krisen zu leiden. Da das staatliche Budget stärker im Mittelpunkt von öffentlichen, politischen Auseinandersetzungen steht als die kommunalen Finanzen, können sich es die verantwortlichen politischen Instanzen schwerer leisten dort unpopuläre Maßnahmen zu setzen. Die antizyklische Konjunkturpolitik löst aber nicht die kapitalistischen Widersprüche sondern verschiebt sie nur auf andere Ebenen. Die verschiedensten Diskussionen um die Problematik der Gemeinden tendieren zu einer noch stärkeren Instrumentalisierung der Gemeinden zum Zwecke des Krisenmanagements.

Ein Leidtragender davon ist die Kommune und damit wieder die Lohnabhängigen.

Hans Steiner

Literatur:

Levers, Lehmann: Politisch-ökonomische Determinanten für Planung und Politik in den Kommunen der BRD.
Autorenkollektiv Dohle u. Co.: Bedingungen und Perspektiven der Stadtteilarbeit.
Hrsg. für beide: Sozialistisches Büro, Offenbach 4, Postfach 591.

4 aspekte

BOOK POWER



IOIO WIEN

*

BRIGITTE HERRMANN

GRÜNANGERGASSE 1

52 77 06

*

HEINZ KOLISCH

LIEBIGGASSE 9

43 32 21

Stadtsanierung

Sanierung bedeutet, nach offizieller Lesart, nichts weiter als die "Erneuerung überalterter Bausubstanz, die nicht mehr den Erfordernissen eines zeitgemäßen Wohnens entspricht".

Mit der Verabschiedung des Assanierungs- und Bodenbeschaffungsgesetzes werden Sanierungsvorgänge erleichtert werden, nach den Worten der Kommunalpolitiker wird die Stadterneuerung vor der Stadterweiterung den Vorrang erhalten. Begründet wird das mit den "städtebaulichen Mißständen"; mit dem Stagnieren der Bewohnerzahl (z. B. Wiens); weiters, es bestehe ein "qualitativer Wohnungsfehlbestand", aber keine Wohnungsknappheit mehr. (Letzteres ist eine mehr als fragwürdige Behauptung, wurden doch in die Berechnung die – allein in Wien! – 70.000 leerstehenden Wohnungen, die Zweitwohnungen, usw. einbezogen).

Was aber sind die tatsächlichen Ursachen, Absichten und Triebkräfte bei der Stadterneuerung?

DIE WOHNVERHÄLTNISSE

Die Wohnverhältnisse in den alten Gründerzeit-Wohnvierteln und in den vorgründerzeitigen Gewerbevierteln sind teilweise sehr schlecht. Die Wohnungen sind zu klein, oft finster, feucht, ohne Wasser und WC. Dazu kommen der Mangel an Folgeeinrichtungen (Grünflächen, Kinderspielplätze, Kindergärten, teilweise auch Schulen, Läden des täglichen Bedarfs, etc.) und häufig die Belästigung durch Verkehr und Hinterhofbetriebe. Die Hausherren haben die Häuser jahrzehntelang verfallen lassen und verweisen auf den Mieterschutz, durch den die Mietzinseinnahmen für sie "nicht kostendeckend" wären. (Tatsächlich lassen Investitionen im Altwohnhausbau eine Rendite von 12 bis 14% erwarten; auch ist das private Hauseigentum in den letzten 50 Jahren nicht wesentlich zurückgegangen, was nicht gerade auf ein Verlustgeschäft deutet*). Der Mieterschutz, ohne den die Hausbesitzer zweifellos noch höhere Grundrenten erzielen könnten, geht auf die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg zurück; das Herabdrücken der Miethöhen entsprach auch den Wünschen des Großkapitals: es konnten dadurch die Arbeiterlöhne gering gehalten werden und die Wirtschaft im Export konkurrenzfähig bleiben.

In den schlechtesten Wohnvierteln wohnten auch die Einkommenschwächsten – "Man könnte sagen, daß die Ursache für die Sanierungsbedürftigkeit in der Armut der Bewohner liegt" (Kainrath/Kohoutek, S. 69).

Soziale Mißstände lassen sich aber nicht durch die Beseitigung städtebaulicher Mißstände aus der Welt schaffen.

Die Bewohner solcher Gebiete werden in andere, demnächst zu sanierende Gründerzeitviertel umgesetzt, usw.

*) Vgl. W. Kainrath/R. Kohoutek: Stadtsanierung in Österreich, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 1972/4. – Auf diese Arbeit stützen sich auch einige weitere Angaben und Formulierungen (P. W.).

WER "SANIERT"?

Die Gemeinden, die zu größerer Sanierungstätigkeit schon aus budgetären Gründen nicht in der Lage wären, überlassen sie der privaten Kapitalverwertung (wofür freilich auch noch andere Gründe maßgebend sind). Sanierung muß also zum einträglichen Geschäft werden – und das machen in erster Linie

- die Bauwirtschaft
- die Wohnbauträger (Private und Genossenschaften)
- sowie – teilweise – die Haus- und Grundbesitzer.

Für die Ersteren schafft die Stadtsanierung ideale Absatzbedingungen: Herstellung eines Produktes (Wohnung) bei gleichzeitiger Produktvernichtung. Besonders werden die billigen Kleinwohnungen knapper – mit den Wohnungen wird gleichzeitig neue Wohnungsnot erzeugt.

Die größeren Hausbesitzer werden bei der Sanierung mittun, die kapitalschwächeren noch vor der Sanierung mitprofitieren: In den Althäusern steigen die Preise aufgrund der gestiegenen Nachfrage. Verwaarloste Althäuser, die vor dem Abbruch stehen, bringen noch rasch Extraprofit durch massenweise Einquartierung von Gastarbeitern, nachdem die Mieter bereits ausgesiedelt sind.

WIRTSCHAFTLICHE STRUKTURVERÄNDERUNGEN

In den Sanierungsgebieten kommt es zu wirtschaftlichen Strukturveränderungen. Die zahlreichen kleinen Gewerbebetriebe verschwinden zugunsten von Konzernbetrieben, die durch die Stadtsanierung ihre Standorte verbessern. Je nach der "strategischen Lage" (Verkehrslage, Absatzbedingungen usw.) werden Verwaltungsgebäude, Banken, Großkaufhäuser, Parkgaragen usw. entstehen. "Die Kapitalkonzentration als allgemeine Tendenz verlangt nach Stadtsanierung und wird selbst durch Stadtsanierung beschleunigt" (Kainrath/Kohoutek, S. 72).

Durch die Verdrängung der Kleingewerbebetriebe verbleiben Arbeitskräfte, die als billige Arbeitskraftreserven für die neuangesiedelten Konzernunternehmungen zur Verfügung stehen.

Der Druck zur Sanierung von seiten und zugunsten der Monopole bezieht sich natürlich auf die verkehrsmäßig günstig gelegenen Stadtviertel mit großem lokalem Einzugsbereich. Die von der Wirtschaft weniger gefragten Flächen verbleiben dem Wohnen – dem "gehobenen Wohnen" in erster Linie, versteht sich. Durch Stadtsanierung entstehen mehr Verkehrsbänder, Stadtsanierung ist aber auch die Ursache von mehr Verkehr. Der Ausbau des innerstädtischen Verkehrs verlangt Kahlschlagsanierungen für Stadtautobahnen und, wie in Wien, eine in ihrem Netz zentralisierte, und wiederum dem Kapitalerfordernis angepaßte U-Bahn. ➔



„Mischen Sie sich gefälligst nicht ein; Sie haben wohl noch nie etwas von freier Marktwirtschaft gehört!“

INTENSIVE NUTZUNG DES BODENS

Stadtsanierung führt zu einer intensiven Nutzung des Bodens: der traditionelle kleinteilige Grundbesitz, der großflächige, profitbringende Nutzungen verhindert hat, muß einer eine höhere Grundrente versprechenden Nutzung weichen. Damit wird die Wohnnutzung aus den zentralen und verkehrsgünstigeren Standorten vertrieben. (Wien 1. Bezirk: Abnahme der Bewohnerzahl 1961–1971 von 32.000 auf 24.800). Auch an weniger strategisch günstigen Standorten werden bei profitorientierter Sanierung Wohnungsbauten nur bei maximaler Ausnutzung der Grundstücke und ihrer Bebaubarkeit gebaut werden – Grünflächen, Wohnfolge- und Gemeinschaftseinrichtungen werden zwangsläufig zu kurz kommen.

Die Standortwünsche der Konzerne (die diese im allgemeinen spätestens durch Planungsinterventionen zu erzwingen verstehen) und die Bodenpreise führen dazu, daß Stadterneuerung nicht, wie es heißt, zu größerer Urbanität, differenzierter Bebauung, städtischem Leben, Funktionenmischung führt, sondern zum Gegenteil: Entmischung, Verdrängung der Wohnnutzung in ungünstigere Standorte, Dienstleistungskonzentration im Zentrum. Jene innerstädtischen Wohnungen, die dann noch bestehen werden, werden, je nach Lage, verteuert oder verfallen gelassen: Luxuswohnungen oder aber Slums, Gastarbeiterquartiere und dergleichen – beides äußerst profitable Nutzungen.

In den Sanierungsgebieten wird den Bewohnern nichts anderes übrigbleiben, als entweder ihren Lebensstandard drastisch einzuschränken, um eine Neubauwohnung am Stadtrand zu erhalten oder in das nächste sanierungsreife Gebiet zu siedeln, um auf die neuerliche Vertreibung zu warten.

Das Assanierungs- und Bodenbeschaffungsgesetz wird an den wesentlichen Voraussetzungen nichts ändern. Der zur Zeit vorliegende Gesetzestext beschränkt z. B. die "Assanierung" keineswegs auf die Erneuerung von Wohnungen bzw. Wohngebieten. Vielmehr wird weiter dann saniert werden, wenn bestimmte Interessen, die sich artikulieren können, stark genug sind. Zu einer solchen Interessensgruppe haben die Bewohner abgewohnter Viertel noch nie gehört.

Peter Weber

Literatur:

Sanierung – für wen? Berlin 1971.
Teil Sanierung in: Kommunalpolitik für wen? Ffm 197.
Regierungsvorlage zum Assanierungs- und Bodenbeschaffungsgesetz.

KLUB LINKS

Die FÖJ-Bewegung für Sozialismus hat in ihrem neuausgestalteten Lokal in der Odeongasse einen Klub eröffnet.

Der Klub links ist jeden Freitag, Samstag und Sonntag ab 18 Uhr geöffnet.

Man kann im Klub links: sitzen, reden, trinken, linke Zeitungen lesen, stehen, plaudern, Freunde und Genossen treffen, Kleinigkeiten essen, diskutieren, Musik hören, Bilder ansehen oder welche machen, fallweise Filme sehen, Aktionen planen, sich ausrasten, usw. usw. ...
Gäste sind willkommen!

1020 Wien,
Odeongasse 1
Eingang
Große Mohrengasse



* Freitag + Samstag + Sonntag

Gesundheitswesen und Kommunalpolitik

Das Gesundheitswesen ist heute vor allem durch die Belastungen seitens des Krankenhauses einer der kostenintensivsten Bereiche der Kommunalpolitik. Diese Tatsache ist ausschlaggebend für den zentrale Stellung des Krankenhauses in der Reformdiskussion. Die übrigen Bereiche des Gesundheitswesens - zum Teil institutionell vorhanden, jedoch unterbewertet und in ihrer Entwicklung stagnierend - werden gegenüber dem Krankenhaus vernachlässigt und spielen in der Reformpolitik praktisch keine Rolle. Durch eine derartige, rein pragmatische Schwerpunktsetzung nach kurzfristigen ökonomischen Gesichtspunkten wird versucht, die Kostenexpansion in den Griff zu bekommen. Eine Vorgangsweise, die einerseits einem Trend parallel geht, der im internationalen Maßstab in der offiziellen Gesundheitspolitik fast aller entwickelten kapitalistischen Länder feststellbar ist; andererseits entspricht dieser Lösungsversuch durchaus dem traditionellen Konzept der Kommunalpolitik: der Vorstellung eines weitgehend isolierbaren Teilbereichs, der vor allem durch sogenannte "Sachentscheidungen" und entsprechende Finanzierung eine Infrastruktur schaffen soll, die die Funktion anderer gesellschaftlicher Bereiche ermöglicht.

Demgegenüber ist festzuhalten, daß Maßnahmen der Kommunalpolitik Ausdruck der Interessen bestimmter sozialer Gruppen sind und somit Machtfragen und Teil des Klassenkampfes. Aufgabe der gegenwärtigen Kommunalpolitik ist die Schaffung der Infrastruktur für die kapitalistische Wirtschaft, orientiert an deren Bedürfnissen. Die Gemeinden und anderen Gebietskörperschaften übernehmen solche Teilbereiche aber auch zur Gänze in ihre Kompetenz, die einerseits besonders kostenintensiv sind, andererseits aufgrund ihrer umfassenden Funktion im Interesse eines möglichst stabilen Wirtschaftsablaufes aus der Konkurrenzsituation möglichst herausgehoben werden sollen. Sie vertreten damit die Interessen eines ideellen Gesamtkapitalisten.

Diese allgemeine Funktionscharakterisierung trifft auch auf das Gesundheitssystem zu: Die Erhaltung eines bestimmten, an der Arbeitsfähigkeit orientierten Gesundheitsniveaus der Bevölkerung liegt im Interesse der kapitalistischen Produktion (in Phasen der Wirtschaftskonjunktur besteht ein Bedarf an Arbeitskräften). Schwerpunkte kommunaler Gesundheitspolitik sind unter diesen Gesichtspunkten einerseits die Ausschaltung von Massenerkrankungen (Seuchenkontrolle, Impfwesen etc.), andererseits der kostenintensive Bereich der stationären Behandlung - das Krankenhaus.

Die Kommunalpolitik ist ein relativ überschaubarer Bereich und daher geeignet, die Zusammenhänge zwischen den eigenen unmittelbaren Interessen und politischen Entscheidungen sichtbar zu machen. Bezogen auf Gesundheitsprobleme bedeutet das, im Gegensatz zur derzeitigen pragmatischen Schwerpunktsetzung folgende Fragenkomplexe zentral zu behandeln:

- a) Krankheitsverursachung als gesellschaftliches Problem,
- b) medizinisches Versorgungssystem.

Diese beiden Bereiche sind als Einheit aufzufassen, da die Konzeption des Versorgungssystems auf den Erkenntnissen über Krankheitsverursachung basieren muß und nicht auf einer einfachen Fortschreibung des Ist-Zustandes.

Ad a) Das derzeit vorherrschende Konzept der Individualmedizin muß eingeordnet werden in ein umfassendes sozialmedizinisches System. Zweifellos wird die individuelle Behandlung von Krankheit auch weiterhin notwendig sein. Vom Standpunkt der Gesundheitspolitik jedoch muß Krankheit primär als soziales Problem gesehen werden, dessen Ursachen in den Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen liegen. Die Ergebnisse neuer sozialmedizinischer Untersuchungen bestätigen die Richtigkeit dieses Standpunktes:

1) Die Krankheitsgruppen, die heute in zunehmendem Maß das Spektrum der Todesursachen, aber auch bereits der Erkrankungsfälle bestimmen, zeigen meistens einen chronischen Verlauf und können mit den traditionellen Methoden der Medizin nicht wesentlich beeinflußt werden. Nur die Früherkennung bzw. Verhütung von Krankheiten kann diese Entwicklung in den Griff bekommen. Diese Maßnahmen sind aber nur über ein umfassendes gesundheitspolitisch orientiertes GSS (= Gesundheitssicherungssystem) realisierbar.

2) Krankheit ist abhängig vom sozialen Status. In den sogenannten "unteren Sozialschichten" findet man einen schlechteren Gesundheitszustand bei gleichzeitiger geringerer Inanspruchnahme medizinischer Einrichtungen. Darüber hinaus gibt es heute bereits - wenn auch nur wenige - Untersuchungen über die Zusammenhänge zwischen bestimmten Arbeitsbedingungen und Krankheitshäufigkeit (z. B. größere Häufigkeit von Magengeschwüren bei Schichtarbeitern, bei Autobuslenkern etc.).

Es ist also durchaus möglich, die unmittelbaren Interessen mit Fragen der Gesundheitspolitik zu verknüpfen. Aufgabe ➔

der Kommunalpolitik ist es dann, für derartige Forschungstätigkeit den institutionellen Rahmen zu schaffen, sowie die Infrastruktur (Wohnen, Verkehr, Erholungsraum, Industrieansiedlung etc.) den Interessen der Arbeitenden entsprechend zu gestalten und nicht nach den Bedürfnissen des Kapitals.

Ad b) Das medizinische Versorgungssystem - derzeit zum überwiegenden Teil in Händen der freipraktizierenden Ärzte - muß entsprechend den Erkenntnissen über die Krankheitsverursachung umstrukturiert werden. Seine Schwerpunkte müssen dort liegen, wo die Möglichkeit besteht, Lebens- und Arbeitsbedingungen unmittelbar zu erfassen und darauf Einfluß zu nehmen. Das heißt, die ambulante Versorgung, nicht das Krankenhaus (stationäre Versorgung), muß im Mittelpunkt des GSS stehen; die Basisinstanzen (Ambulanzstationen) müssen in den Betrieben bzw. am Wohnort liegen. Die Arbeitsweise darf nicht an den Standesinteressen der Ärzte (Gewinn, Prestige etc.) orientiert sein, sondern muß den Bedürfnissen der "Patienten" entsprechen.

GESUNDHEITSSYSTEM WIEN - HEUTE (BESTANDSAUFNAHME)

1) städtischer Gesundheitsdienst:

Die Kompetenzen des Gesundheitswesens werden von der MA 15 (Gesundheitsamt und Landes-Sanitätsrat) und der MA 17 (Anstaltamt) verwaltet.

Die MA 15 ist in achtzehn Referate gegliedert, von denen folgende hervorgehoben werden sollen:

- 3 Infektionskrankheiten
- 6 Krankenanstalten, Leichenwesen, Bestattung
- 11 Gesundenuntersuchung
- 12 Psychohygiene
- 13 schulärztlicher Dienst
- 14 Jugendzahnkliniken
- 15 Schwangerenberatung
- 16 TBC-Bekämpfung

In neunzehn Bezirksgesundheitsämtern wird ein dezentralisierter amtsärztlicher Dienst ausgeübt.

Der MA 17 obliegt die Führung der "städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten", die Krankenpflegeschulen und der städtische Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst. Es gibt in Wien derzeit einundzwanzig städtische Krankenanstalten mit insgesamt 15.000 Betten (daneben vierundzwanzig private Krankenhäuser mit 4.000 Betten).

Der Schwerpunkt der MA 15 liegt in der Ausübung des amtsärztlichen Dienstes (Kontrollfunktionen, Seuchenverhütung etc.); von den übrigen Referaten ist insbesondere das TBC-Referat gut ausgebaut, ebenso die Referate für Impfwesen und Infektionskrankheiten. Diese Referate arbeiten auch mit einem ziemlich genauen Kontrollsystem und erfassen die betroffenen Bevölkerungsteile nahezu lückenlos. Die übrigen Referate sind zum Teil personell weit unterbesetzt, zum Teil arbeiten sie in einer sehr lockeren allgemeinen Weise ohne Koordination und spezifische Zielsetzung (Schulärzte!); ihre Ausweitung ist nicht geplant.

Die Krankenanstalten hingegen stellen den zentralen Reformschwerpunkt dar. Zielsetzungen der Reform sind:

a) Minderung der Kostensteigerung durch Rationalisierungsmaßnahmen (Koordination, Aufgabenteilung zwischen Spitälern, interne Rationalisierung durch Verbesserung der Verwaltung und Wirtschaftsdienste etc.).

b) Das Krankenhaus soll Funktionen der ambulanten Betreuung in zunehmendem Maße übernehmen (vorstationäre Untersuchung, Nachbetreuung, präventiv-medizinische Untersuchungen etc.), die im Rahmen der Aufgabenausweitung der medizinischen Betreuungssysteme im Krankenhaus ökonomisch rationeller untergebracht werden können.

2) Niedergelassene Ärzte:

In den Händen der freiberuflich tätigen, niedergelassenen Ärzte liegt der überwiegende Teil der ambulanten medizinischen Versorgung.

In Wien gibt es derzeit 1109 praktische Ärzte und 2128 Fachärzte. Damit liegt Wien mit 1396 Einwohner je niedergelassenen praktischen Arzt über dem gesamtösterreichischen Durchschnitt von 1:1679 (als Sollwert für die kurative Versorgung wird ein Minimum von 1:2000 angenommen). Jedoch bestehen in Wien beträchtliche regionale Verteilungsdifferenzen:

unter 1:800 1, 4, 8. Bezirk

unter 1:1400 .. 3, 5, 7, 9, 13, 16, 18, 19. Bezirk

über 1:1700 ... 10, 11, 22, 23. Bezirk

1:1900 21. Bezirk

1:2000 20. Bezirk

Noch krassere Verteilungsdifferenzen finden sich bei den Fachärzten:

1. Bezirk 1:116

11. Bezirk 1:2124

(Arbeiterbezirke durchwegs über 1:1200).

Diese Verteilungsdifferenzen sind im Rahmen des gegenwärtigen Systems der Niederlassungsfreiheit nur schwer behebbar. Eine Reform dieses Systems wird weder von Seiten der Ärzte, noch von Seiten der Krankenversicherung oder Gebietskörperschaften ernsthaft ins Auge gefaßt. Es bestehen lediglich Tendenzen zur Rationalisierung durch Einrichtung von Gruppenpraxen, die das Ziel verfolgen, den Trend zur zunehmenden Vergesellschaftung der medizinischen Dienstleistungen unter Aufrechterhaltung der privatwirtschaftlichen Organisationsstruktur Rechnung zu tragen. (Weitere Ausführungen zu den niedergelassenen Ärzten siehe später).

3) Ambulatorien:

Ein kleiner Teil der ambulanten Versorgung wird von den Ambulatorien der Krankenkassen bzw. den Spitalambulanzen getragen. Es gibt derzeit in Wien zehn größere Ambulatorien der Gebietskrankenkasse, in denen fachärztliche Untersuchungen und Behandlungen durchgeführt werden. Die dort angestellten Ärzte führen meist überdies eigene Praxen.

Ein Ausbau der Ambulatorien zu Zentren der vorstationären Diagnostik ist beabsichtigt. Die geplante Beschränkung des Einspruchsrechtes der Ärztekammer bei der Errichtung von Ambulatorien im Rahmen der 29. ASVG-Novelle ist am Widerstand der Ärztekammer gescheitert.

Die Spitalsambulanzen sind nur zur Notfallsbehandlung, zur Behandlung mittelloser Patienten sowie in beschränktem Maß zur Nachbehandlung nach Krankenhaus-Aufenthalt berechnigt. Nach den verschiedenen Reformkonzepten sollen sie verstärkt in die ambulante Betreuung eingebaut werden.

INHALTLICHE KRITIK UND ZIELKONZEPTION:

1) Krankenhaus:

Das Krankenhaus ist heute "entwicklungsleitende Institution" des GSS (Rohde). Diese Funktion ist aber insofern in Frage zu stellen, als das Krankenhaus aufgrund seiner spezifischen Aufgabenstellung (Behandlung akuter Krankheitsfälle) zwangsläufig an den Grundsätzen der kurativen Individualmedizin orientiert ist. Im Rahmen eines GSS, das auf Krankheitsverhütung und sozialmedizinischen Gesichtspunkten orientiert ist, muß das Krankenhaus einerseits seine dominierende Stellung verlieren, andererseits auch seine eigene Aufgabenstellung modifizieren: Der Schwerpunkt des GSS muß ins ambulante Betreuungssystem verlagert werden, wo die Möglichkeit des direkten Kontaktes mit den Arbeits- und Lebensbedingungen des Patienten besteht. Das Krankenhaus muß, um die Effizienz seiner Reparaturfunktion zu steigern, seine extreme individualmedizinische Beschränkung überwinden und Umweltfaktoren bei Entstehung und Bewältigung von Krankheit einbeziehen. Die zentralen Probleme des Krankenhauses liegen einerseits in der völligen Abstraktion von den Umweltbedingungen des Patienten in Diagnose und Therapie, sowie in der Existenz von Filtermechanismen am Übertritt vom ambulanten System ins Krankenhaus. Diese Filter, die vor allem durch den tiefen organisatorischen Bruch zwischen Krankenhaus und ambulanter Versorgung bedingt ist, wirken unterschiedlich je nach sozialer Schichtzugehörigkeit des Patienten. Konkret gesagt, besteht aufgrund des Systems der Privatbetten (2. und 1. Klasse) für zahlungskräftige Patienten die Möglichkeit, den Eintritt ins Krankenhaus durch Umgehung der normalen Eintrittsmechanismen zu beschleunigen.

Im Krankenhaus ist vor allem die pflegerische, zum Teil aber auch die medizinische Betreuung nach dem sozialen Status unterschiedlich. Auch bei weitgehender Gleichwertigkeit naturwissenschaftlich bewertbarer medizinischer Maßnahmen wirkt sich die Unterschiedlichkeit der Betreuung zweifellos auf den Krankheitsablauf aus (Bedeutung psychischer Faktoren etc.). Überdies kann der selbstzahlende Patienten weitgehende die Untersuchungs- und Behandlungsabläufe sowie den Entlassungszeitpunkt nach seinen Bedürfnissen bestimmen.

Es wäre jedoch falsch, anzunehmen, daß die Forderung nach einem "klassenlosen Krankenhaus", sofern sie auf die formalen Strukturen beschränkt bleibt, diese Situation beeinflussen könnte. Die aufgezeigten Differenzen stellen eine Widerspiegelung der Realität der Klassengesellschaft dar, die durch gesetzliche Bestimmungen nicht hinwegdekoriert werden kann. Die Forderung nach dem "klassenlosen Krankenhaus" kann jedoch sehr wohl mobilisierende Wirkung haben, wenn die Klassenunterschiede im Kranken-

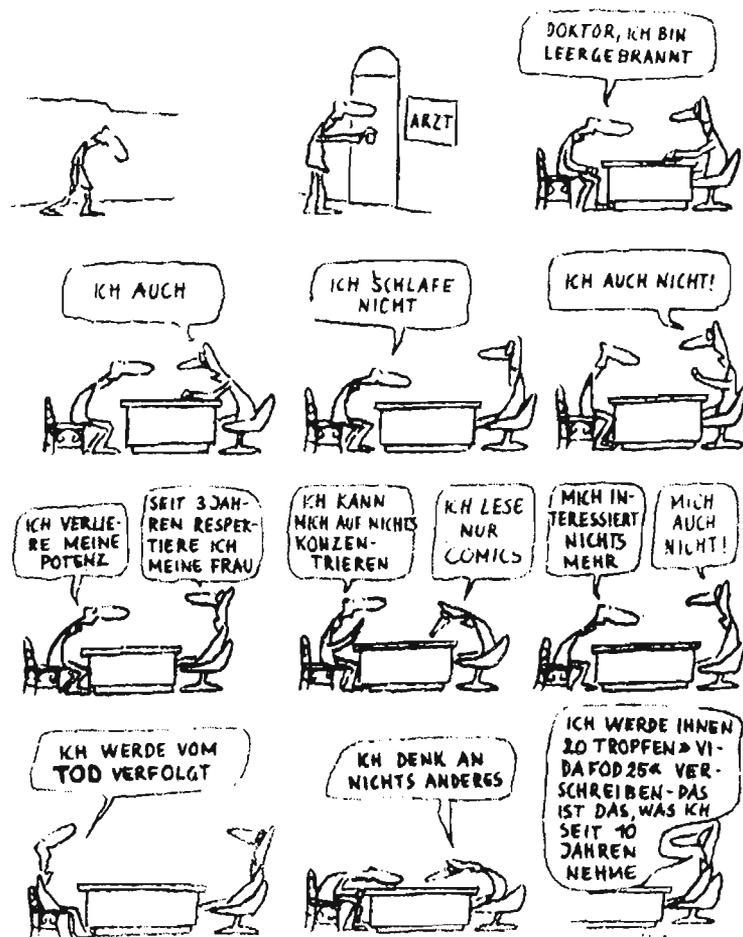
haus in ihren realen Erscheinungsformen und mit ihren Ursachen aufgezeigt werden und wenn das entscheidende Problem der klassenspezifischen Funktionsweise der Eintrittsfilter ins Krankenhaus ins Zentrum gestellt wird.

Eine effektive Reform des Krankenhauses muß also folgende Punkte umfassen:

- a) Einbau des Krankenhauses in ein integriertes, organisatorisch vereinheitlichtes Gesundheitssicherungssystem, das an sozialmedizinischen und präventivmedizinischen Gesichtspunkte orientiert ist und keine Bruchstellen zwischen einzelnen Teilbereichen aufweist. Schwerpunkt = ambulante Betreuung / Funktionsbeschränkung des Krankenhauses
- b) Orientierung des Krankenhauses im Hinblick auf Lokalisation und fachliche Spezialisierung an epidemiologischen Erkenntnissen - Krankheitsverteilung abhängig von Arbeits- und Lebensbedingungen
- c) Rationalisierung des Krankenhaus-Wesens durch überregionale Planung und interne Strukturreform (Abbau des Chefarztsystem etc.)
- d) Abbau des Entscheidungsmonopols der Ärzte - Verlagerung der Entscheidungsmacht in Kollektive (Patienten, Ärzte, Pflegepersonal, Sozialarbeiter ...)

2) Ambulantes Betreuungssystem:

Die derzeitige ambulante Betreuung durch niedergelassene Ärzte kann folgendermaßen charakterisiert werden:



- a) Beschränkung auf kurative Funktion, passives Anbieten medizinischer Leistungen (niedrige Beteiligung bei Vorsorgeuntersuchungen!); dominierende Stellung des Arztes im Arzt-Patient-Verhältnis (Dominanz professionell definierter Kategorien führt zur Abstraktion von den Bedürfnissen der Betroffenen)
- b) Fragmentiertheit des Systems; Einzelpraxen = wirtschaftlich und organisatorisch eigenständige Einheiten; das führt zu Schwierigkeiten in der Koordination, Kooperation, Dokumentation etc. (gesundheitsspolitische Auswertung unmöglich!)
- c) Bruch zwischen ambulanter und stationärer Betreuung (Eintrittsfilter, Kommunikation, Information...)
- d) Überlastung des gegenwärtigen Systems bereits durch kurative Aufgaben; "Drei-Minuten-Medizin" (R. N. Braun)
- e) Gewinnorientierung in der Praxisführung
- f) relativ hoher Grad apparativer Ausstattung bei geringer Auslastung
- g) Niederlassungsfreiheit führt zu Verteilungsdifferenzen zwischen Stadt/Land sowie in Ballungsgebieten in Abhängigkeit von der sozialen Struktur
- h) reaktionäre politische Funktion der Standesvertretung (Mittelstandsinteressen!)

Eine Veränderung in diesem Bereich kann nur durch eine Vergesellschaftung des Gesundheitssicherungssystems und den Aufbau organisatorisch einheitlicher Versorgungssysteme erzielt werden.

Folgende Zielkonzeption soll vorerst noch abstrakt zur Diskussion gestellt werden:

Anstelle einer Verstaatlichung wäre eine organisatorische Vereinheitlichung des Gesundheitssicherungssystems im Rahmen der Krankenversicherung anzustreben, die jedoch parallel gehen müßte mit einer tiefgreifenden Umstrukturierung derselben. Die Krankenversicherung beruht derzeit verbal auf einem Selbstverwaltungssystem. Diese formale Konstruktion müßte durch unmittelbare Einbeziehung der Basis sowie durch Politisierung der Gesundheitsproblematik mit einem realen Inhalt gefüllt werden, und könnte so ein Gesundheitssicherungssystem aufbauen, das den Interessen der Betroffenen dient.

Das integrierte Gesundheitssicherungssystem könnte aus drei Teilbereichen bestehen:

- a) Ambulanzstationen: Basisinstanzen in Betrieben, Schulen, Wohngebieten, . . .
Personal = Ärzte für Allgemeinmedizin, paramedizinisches Personal, Sozialarbeiter; relativ niedrige apparative Ausrüstung,
Aufgaben = ambulante Betreuung, Dokumentation, Gesundheitserziehung, Ausbildung, Prävention, Forschung (Epidemiologie)
- b) medizinische Zentren: zentrale Einrichtungen zur Durchführung diagnostischer und therapeutischer Maßnahmen, die den Einsatz

von Apparaten bzw. Spezialisten erfordern (Labor, Facharzt...) und kleine Bettenstation (Beobachtung, Teilzeitbetten); Koordination der Ambulanzstationen.

- c) Krankenhaus: Funktion der stationären Kurativbetreuung.
Als strategische Ansatzpunkte zur Erreichung dieser Zielkonzeption wären folgende Wege denkbar:

Das Schulärztsystem liegt bereits jetzt in öffentlicher Hand. Die schulärztliche Tätigkeit müßte in eine hauptberufliche mit spezieller Ausbildung umgewandelt werden; Ausweitung der personellen Besetzung durch Einsatz von Psychologen und Fürsorgern; Forcierung der epidemiologischen Forschung und Dokumentation; die präventivmedizinische Orientierung ist in dieser Altersgruppe von besonderer Bedeutung.

Auf dem Gebiet der Betriebsärzte existiert derzeit keine umfassende gesetzliche Regelung; dieses Terrain liegt noch offen. Die bestehenden gewerkschaftlichen Einrichtungen in den Betrieben (Betriebsräte), die Arbeiterkammern bzw. neu zu schaffende Basisinstitutionen (Arbeiterräte) könnten Träger eines Betriebsärztesystems sein. Ab einer bestimmten Betriebsgröße müßte durch Gesetz die Einrichtung einer betriebsärztlichen Ambulanzstation vorgeschrieben werden (Einrichtungs- und Betriebskosten sind vom Unternehmer zu tragen); das Personal der Ambulanzstation (Arzt, paramedizinischer Beruf, Sozialarbeiter) wird von der Belegschaft bestellt und arbeitet mit "Laienhelfern" zusammen. Diese Laienhelfer sind Arbeiter und Angestellte, die von der Belegschaft zu Ausbildungskursen delegiert werden; dort erwerben sie Kenntnisse über Erstbehandlung bei geringfügigeren Gesundheitsstörungen sowie über spezifische Gesundheitsprobleme der betreffenden Arbeitsbereiche bzw. der räumlichen Region. Diese "Laienhelfer" bilden gemeinsam mit dem Personal der Ambulanzstation ein Gremium ("Gesundheitsräte"), das über gesundheitsrelevante Probleme (Arbeitsbedingungen, Arbeitsrhythmus, Sicherheitsbestimmungen...), über teilweise oder gänzliche Arbeitsbefreiung, über Rehabilitationsmaßnahmen etc. zu entscheiden hat. Die Kompetenz des Betriebsarztes ist über die derzeit bestehende Beschränkung auf die Erste Hilfe-Leistung hinaus auszuweiten. Offenbleibende Lücken in diesem System (Kleinbetriebe) könnten durch Einsatz analog organisierter mobiler Teams gefüllt werden.

Als Übergangsform für die Schaffung Medizinischer Zentren könnte eine Ausweitung und Funktionsänderung bestehender Einrichtung dienen, z. B. die Krankenkassenambulatorien, der städtische Gesundheitsdienst, z. T. auch die Spitalsambulanzen etc. Über die bestehenden Einrichtungen des städtischen Gesundheitsdienstes ist bereits jetzt eine Ausweitung der präventivmedizinischen Tätigkeit möglich (siehe Referate der MA 15) - Einsatz bei Screeninguntersuchungen, epidemiologische Forschungsprogramme, ambulante Betreuung in unterversorgten Gebieten etc. In ähnlicher Weise könnten auch bestehende Ambulatorien eingesetzt werden, jedoch mit Schwerpunkt auf spezialistischer Behandlung, Vorsorgemedizin, Dokumentation.

Für die Abschaffung des § 144

Das Problem der Abtreibung kann nicht durch Verbot und Strafandrohung aus der Welt geschafft werden!

Jährlich gibt es in Österreich ungefähr 100.000 Abtreibungen. Viele Frauen sterben, und für 25 % sind Komplikationen und bleibende gesundheitliche Schäden die Folge.

Die Not der Frau darf nicht länger Geschäft gewissenloser Ärzte und Pfuscher sein!

Jede Frau muß das Recht haben, selbst zu bestimmen, ob, wann und wieviele Kinder sie haben will!

*

DEMONSTRATION DEMONSTRATION DEMONSTRATION DEMONSTRATION DEMONSTRATION

Wir fordern: Weg mit dem § 144!

Schwangerschaftsabbruch auf Kosten der Krankenkassen!

Treffpunkt: Maria-Theresien-Denkmal (Ring)

Zeit: Freitag, 9. November 1973 - 16.45 Uhr

Es rufen auf:	Aktion unabhängiger Frauen	FÖJ-Bewegung für Sozialismus
	Aktionskomitee für die Abschaffung des § 144	Gruppe revolutionäre Marxisten
	Arbeitskreis Emanzipation (AKE)	Kommunistische Jugend Österreich
	Arbeitskreis Frau und Gesellschaft	Kommunistischer Studentenverband
	Bund demokratischer Frauen	

DEMONSTRATION DEMONSTRATION DEMONSTRATION DEMONSTRATION DEMONSTRATION

*

§ 144 EIN KLASSENPARAGRAPH

Das Verbot der Abtreibung trifft nicht alle Frauen in gleichem Maß:

Es trifft vor allem jene Frauen, die sich nicht einen Klinikaufenthalt im Ausland oder einen teuren Privatarzt leisten können und so tausend Ängste ausstehen, Demütigungen ertragen und Opfer von Pfuschern werden. Je weniger Geld eine Frau aufreiben kann, desto größer ist ihr Risiko.

Für die Arbeiterfrau ist die Abtreibung keine moralische, sondern eine Existenzfrage. Durch Beruf, Haushalt und Kindererziehung ist sie dreifach belastet. Gerade aber sie steht öfter als andere Frauen, die finanziell besser gestellt sind, vor der Entscheidung, ob sie sich noch ein weiteres Kind "leisten" kann oder nicht. Sie ist benachteiligt, weil sie weder über das Geld noch über die Beziehungen verfügt, einen Schwangerschaftsabbruch sachgemäß durchführen zu lassen. - Es ist noch nie eine reiche Frau, wegen Abtreibung vor dem Richter gestanden.

VORBEUGEN IST BESSER ALS ABTREIBEN

Die Aufklärung über empfängnisverhütende Mitteln ist bei uns noch so mangelhaft, daß für viele Frauen die Abtreibung zum letzten Ausweg wird. Aber die Abtreibung soll und darf nicht zum Mittel der Geburtenregelung werden!

Es muß damit Schluß gemacht werden, daß sich die Arzneimittelhersteller auf Kosten der Frauen an den Verhütungsmitteln krumm verdienen.

(Herstellungspreis für eine Monatspackung der "Pille" S 1,50 - Verkaufspreis rund S 50, --)

Gegen die unverschämten Gewinne der Arzneimittelhersteller!

Für die kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln!

Für die Einrichtung von Beratungs- und Aufklärungsstellen!

Bessere Bedingungen für unsere Kinder: Die Einrichtung von ausreichenden und kostenlosen Kindergärten und Tagesschulheimen.

Wenn diese Forderungen erfüllt sind, wird der Schwangerschaftsabbruch für immer weniger Frauen der letzte Ausweg sein.

Der Kampf gegen den Abtreibungsparagraphen ist ein Teil des Kampfes um das Selbstbestimmungsrecht der Frau, um ihre Gleichberechtigung im Gesetz, im öffentlichen Leben, im Betrieb und in der Familie!

Nichts davon wird den arbeitenden Menschen geschenkt, alles müssen wir gemeinsam erkämpfen!

**Stellungnahme
der
FÖJ -
Bewegung
für
Sozialismus
zu
den
Landtags-
und
Gemeinderatswahlen
in
Wien
am
21. 10. 1973**

Das Ziel jahrelanger sozialdemokratischer Kommunalpolitik war es Wien zur "Weltstadt" zu machen. Wohnungsmisere, Wohnungswucher, Maklerunwesen, Bodenspekulation, Verkehrschaos, Gesundheitsprobleme, die kulturelle Stagnation usw. haben nun wahrhaft weltstädtisches Ausmaß angenommen. Die Widersprüche treten deutlicher zu Tage, Unbehagen breitet sich aus. Weil die Linke schwach ist, hat die Bürgerinitiative unter Wiener Verhältnissen bürgerlichen Charakter. Sie greift Fragen auf, die die arbeitenden Menschen, wenn überhaupt, dann nur am Rande berühren. Die wie immer vor einer Wahl wild aneinandergeratenden Politiker der Wiener Koalition (SPÖ und ÖVP) gießen alten Wein in neue Schläuche und trachten den Problemen mit einem gewinnenden Lächeln beizukommen. Der Kampf der Porträts ist wieder voll entbrannt.

Die Stadt ist die versteinerte Form einer bestimmten gesellschaftlichen Ordnung. Die unvernünftige, chaotische Struktur alter Stadtteile entspricht näher besehen der Vernunft und der Logik des Kapitals und seines Strebens nach Profit, der Bodeneigentümer und -spekulanten, der Bauwirtschaft, der Hauseigentümer, der Besitzer der Produktionsstätten. Hinter, auf den ersten Blick so wunderbar geplanten und vernünftig angelegten neuen Stadtteilen, verbirgt sich die Unvernunft kapitalistischer "Ordnung" in bezug auf die Bedürfnisse der Arbeiter, Angestellten, der Frauen und der Jugend. Der Rechtlosigkeit des Arbeiters in der Produktion gegenüber den Bedingungen der Erzeugung von Gütern als auch gegenüber dem fertigen Produkt entspricht das Fehlen praktischer Einflußmöglichkeiten auf die städtische Struktur. Die Scheidung der Gesellschaft in Klassen findet sich wieder in der Scheidung der Stadtviertel, im Gegensatz von Villenviertel und Mietskaserne bzw. normiertem Sozialwohnbau.

Die SPÖ hat sich den kapitalistischen "Sachzwängen" nicht entzogen, im Gegenteil, sie hat in vielen Bereichen, etwa im Wohnungsbau und in der Verkehrspolitik, sowie in der Steuerpolitik frühere fortschrittliche Vorstellungen preisgegeben. Wo sie heute zögernd und unzureichend einen Schritt nach vorn macht, wie zum Beispiel in der Boden- und Assanierungsfrage, dann nur gegen selbst im Rahmen kapitalistischer Entwicklung schon anachronistisch gewordene Verhältnisse. Die erste demokratische Tat der sprichwörtlich undemokratischen Wiener Gemeindeverwaltung ist eine Volksabstimmung, die die schöne Aussicht einiger künftiger Luxuswohnungsbesitzer betrifft (Sternwarteparkabstimmung). Der im Gefolge dieser Abstimmung durchgeführte Bürgermeisterwechsel war kaum mehr als eine kosmetische Operation. Die Bäume werden nun besser geschützt, wir haben nichts dagegen. Aber was ändert sich an der Situation der Menschen?

ÖVP und FPÖ versuchen zum Teil mit Erfolg die anwachsende Unzufriedenheit, die ja nicht nur durch spezifisch kommunalpolitische Probleme, sondern auch durch Teuerung, Profitexplosion, durch Stabilitätsabkommen stabilisierte Löhne genährt wird, zu nützen. Beide präsentieren umfangreiche Programme, deren allgemeine Vorschläge manchmal durchaus akzeptabel scheinen. Die Demagogie der bürgerlichen

Parteien zeigt sich vor allem bei den Lösungsvorschlägen, ob es nun den Umweltschutz, die Wohnungsfrage oder andere Themen betrifft: Nicht die Profite sollen beschnitten, sondern der Löwenanteil der Kosten auf die Masse der Lohnabhängigen abgewälzt werden.

Die Politik der KPÖ verläßt auch auf kommunaler Ebene nicht ihr sonstiges beschränktes Niveau. Es gelingt ihr weder in der Theorie, noch in der Agitation, das was scheinbar unabhängig von einander existiert, was getrennt erscheint, Produktion, Konsum, Wohnen, Politik in seiner Verschränkung auszuweisen. Daher werden die berechtigten quantitativen Forderungen nach mehr Spitälern, nach mehr Wohnungen oft losgelöst von der qualitativen nach einer neuen Organisation des Gesundheitswesens, der Planung usw. gestellt. Falsche Schwerpunkte werden gesetzt, wie zum Beispiel die Kampagne um die Politikerprivilegien, die klassenunspezifisch wirksam ist. Die fatale Abhängigkeit von der Sowjetunion gewinnt in diesem Zusammenhang geradezu absurde Züge, wenn die KPÖ in ihrer Auseinandersetzung mit Kreisky alle Privilegien der herrschenden bürokratischen Schichte in der Sowjetunion einfach weglegt.

Einmal mehr bestätigt sich die Notwendigkeit zur Formierung einer neuen revolutionären Kraft einen theoretischen und praktischen Beitrag zu leisten. Die Kandidatur bei Wahlen kann da eine Hilfe sein, die eigenen Vorstellungen massenhaft zu propagieren und sich dabei auch organisatorisch zu stärken. Durch die Vorverlegung der Gemeinderatswahlen sind wir aber politisch und organisatorisch nicht genügend vorbereitet, um eine Kandidatur von "offensiv links" zu unterstützen. Die absolute Mehrheit der SPÖ im Gemeinderat wird wahrscheinlich - hauptsächlich von rechts - angeknabbert, ist aber ungefährdet. Der Einzug der KPÖ in den Gemeinderat ist bei dem gegebenen Wahlsystem unmöglich. Weder so noch so können wir Massen in Bewegung setzen. Es gibt also keinen Grund mit einer Wahlempfehlung die Gefahr der Identifikation mit einer falschen Politik einzugehen, Illusionen in der einen oder anderen Richtung zu verbreiten und bestehenden Ansprüchen zur Alleinvertretung der Arbeiterklasse Vorschub zu leisten. Generell meinen wir also, daß bei den kommenden Landtags- und Gemeinderatswahlen zu Gunsten keiner der wahlwerbenden Parteien votiert werden kann.

In der Einschätzung der Nationalratswahlen 1971 haben wir erklärt, daß die Linke nicht über Wahlkämpfe Masseneinfluß erhalten, sondern daß in Wahlen bestenfalls ein in großen sozialen Auseinandersetzungen gewonnener Einfluß realisiert werden kann. Letztere sind in Österreich noch unentwickelt, sind auch nicht von unserem Willen abhängig. Was wir tun müssen ist Analyse und praktische Initiativen im kommunalpolitischen Sektor voranzutreiben. Damit schaffen wir die Voraussetzung für die Vergrößerung unseres politischen und organisatorischen Einflusses in kommenden Klassenkämpfen und Wahlbewegungen.

Deine Lebensversicherung durch

ERICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1040 Wien, Südtirolerplatz 6
Telefon: 65 87 97/98/99

Privatadresse: 1100 Wien, Alaudagasse 7/29/14
Telefon: 62 74 302

Sommer- und Wintersport- artikel

SÄMTLICHE SKIMONTAGEN

Sport-Heindl

WIEN VI, MOLLARDGASSE 2
TELEFON: 56 57 533

Kämpferische Arbeiterselbstverwaltung

Besançon, eine ostfranzösische Stadt, wurde während der Sommermonate zum Schauplatz eines der originellsten zukunftsweisenden Arbeiterkämpfe. Die Besetzung eines in Konkurs gegangenen Betriebes und die Weiterführung des Verkaufes und der Produktion in Eigenregie zum Zwecke der Sicherung aller Arbeitsplätze wird Schule machen. Allein im Verlaufe des letzten Monats nahmen die Belegschaften von drei Betrieben in Frankreich und in Belgien die Kampf-formen der LIP-Arbeiter in ihren Auseinandersetzungen mit dem Kapital zum Vorbild.

NICHT NUR MIßWIRTSCHAFT DER UNTERNEHMER

Der Haupteinfluß auf das größte französische Uhrenunternehmen wird von einem multinationalen Konzern, der Ebauche-AG, ausgeübt. Sie ist der mächtigste Aktionär, der größte Kunde und mächtigste Kreditgeber von LIP. Es zählt zur inneren Logik von multinationalen Konzernen, daß sich die Muttergesellschaft auf Kosten der Tochtergesellschaft bereichert. Die wachstumsträchtigen, zukunftsorientierten Abteilungen werden aus den Tochtergesellschaften ausgegliedert und der Muttergesellschaft einverleibt. Die Entwicklungs- und Forschungsabteilungen wurden in den letzten Jahren im LIP-Werk immer stärker auf Sparflamme gesetzt, LIP sollte zu einem Montagebetrieb degradiert werden. Die Muttergesellschaft zwang ihre Filiale LIP von ihr Vorprodukte zu marktüberhöhten Preisen zu kaufen. Auf geheimen Kanälen wurden die Gewinne von LIP zur Ebauche-AG in die Schweiz transferiert, da die Besteuerung für das Kapital dort geringer ist. LIP verabsäumte auch die Uhrenproduktion den neuen Markterfordernissen anzupassen. Man sah anscheinend nicht den Trend zu den billigen Uhren und andere Marktänderungen.

In den meisten Untersuchungen wird das der Unfähigkeit der Geschäftsführung von LIP zugeschrieben. Obwohl darin sicherlich etwas wahres steckt, so ist doch vielmehr den Linken Frankreichs zuzustimmen, die hinter dieser Mißwirtschaft bewußte Methode erkennen. Muttergesellschaften haben oft ein Interesse die Konkurrenz ihrer Tochtergesellschaften auszuschalten, zu beseitigen. Die Mißwirtschaft bei LIP ist nur der Ausdruck für den Versuch von Ebauche-AG, das unter ihrer Kontrolle stehende Werk LIP in die Schranken zu weisen.

Neben diesen feinen Methoden kochte Herr LIP noch sein eigenes Stüppchen. Es gründete ein weiteres Uhrenmontagewerk, das er auf Kosten der LIP-Uhrenwerke hochpäppelte. Lizenzen, Patente und Markenzeichen wurden zu lächerlich geringen Preisen den LIP-Werken abgekauft, bestimmte Vorprodukte wurden großzügigerweise vom Herrn LIP seiner neuen Fabrik ganz billig vermacht. Damit aber nicht behauptet werden kann, daß Herr LIP nur an sich selbst denkt, erwies er sich als sehr splendid, als es um die Abfertigungen seiner Freunde und Verwandten ging.

SOLIDARITÄT MIT LIP IST ANGRIFF GEGEN KAPITALISMUS

Die einzigen, die an diesen schönen Geschäften nicht teilhaben sollten, waren die 1.300 Arbeiter und Angestellten. Als das LIP-Werk zahlungsunfähig wurde und ungefähr 300 Millionen Schilling Schulden aufwies, sollten die 1.300 Arbeiter und Angestellten auf die Straße gesetzt werden. Da machten aber die LIP-Arbeiter ihren Herren einen Strich durch die Rechnung, sie besetzten den Betrieb und führten die Verwaltung und Produktion in eigener Regie weiter. Sie stellten sich damit zweifellos außerhalb des Rahmens des bürgerlichen Gesetzes. Sie vergriffen sich an fremden Eigentum. Der Hauptgläubiger der Konkursmasse ist der Mutterkonzern Ebauche-AG, derselbe Konzern, der mit seinen feinen Methoden mithilfe das LIP-Werk zugrundezurichten. Es mußte für die Mehrzahl der Lohnabhängigen wie ein Hohn wirken dem Verlust ihres Arbeitsplatzes tatenlos zuzusehen, nur weil es nach dem bürgerlichen Gesetz keine andere Möglichkeit gab.

Der Konflikt um das LIP-Werk wurde deshalb zum Symbol für den Klassenkampf der gesamten französischen Arbeiterklasse, weil an diesem Fall klar wurde, daß der bürgerliche Gesetzesrahmen zwar den Platz für die übelsten kapitalistischen Geschäftspraktiken offen läßt, die Arbeiter bei der Verteidigung ihres Arbeitsplatzes ohnmächtig sind, wenn sie sich an die Gesetze halten.

Der von Gläubigern angestrengte Prozeß, das LIP-Werk von den in Eigenregie tätigen Arbeitern räumen zu lassen, um so eine Gewähr für die Einbringung der Schulden zu haben, mußte gegen die Arbeiter von LIP ausgehen. Auch der linke Richter hätte da nicht anders entscheiden können, ohne die elementarsten Grundsätze des bürgerlichen Rechtes in Frage zu stellen. Rechtlich ist also alles ziemlich einwandfrei gewesen. In diesem Sinne erscheint die breite Unterstützung für die illegalen Aktionen der LIP-Arbeiter direkt auch als Angriff gegen die Rechtsordnung und somit gegen das herrschende kapitalistische System. Es ist nicht nur ein Zeichen der Demagogie von einzelnen Regierungsmitgliedern oder anderer bürgerlichen Kreise sondern auch ein Ausdruck der schweren Krise des kapitalistischen Systems, wenn sie gezwungen sind, öffentlich ihre Sympathie den Arbeitern und Angestellten von LIP auszusprechen, wenn sie sich also hinter sogenannte kriminelle Aktionen stellen, wenn z. B. ein Regierungsmitglied in vollem Bewußtsein einen rechtlich "bedenklichen" Kauf getätigt zu haben, sich mit einer LIP-Uhr schmückt, oder wenn jeden Tag ein wohlwollender Artikel im "Le Monde" erscheint, oder wenn der Bürgermeister von Besançon kommunale Einrichtungen und kommunale Gelder für "kriminelle" Handlungen der LIP-Werkstätigen zur Verfügung stellt.

ABWEHRMASSNAHMEN DER LIP-ARBEITER

Die Konkursöffnung des Betriebes bedrohte die 1.300 Arbeitsplätze. Um die Arbeitsplätze zu sichern, blieb den

Arbeitern nichts anderes übrig, als den Betrieb selbst zu übernehmen, Uhren zu produzieren, sie zu verkaufen, um so die Löhne auszahlen und die Aktionen finanzieren zu können. Einige Produktionsabteilungen waren noch intakt und die in den Lagern befindlichen Bestandteilen ermöglichten die Produktion von 600 bis 800 Uhren täglich.

Der Konkursverwalter wurde aus dem Betrieb verjagt, als er den Arbeitern klar machen wollte, daß ihre Aktionen illegal wären. So strengten die Gläubiger einen Prozeß zwecks Zwangsäumung des Betriebes an. Das Gerichtsurteil gab den Gläubigern recht, es wurde also auf Befehl der Regierung von der Polizei eine Zwangsäumung durchgeführt. Zirka zwei Monate leiteten die Arbeiter den Betrieb in Selbstverwaltung, nach der Zwangsäumung bekamen sie vom Bürgermeister und vom Erzbischof von Besançon Räume zur Verfügung gestellt, um im reduzierten Ausmaß weiter zu erzeugen zu können. Vor der Zwangsäumung setzten die Arbeiter den Produktionsmechanismus außer Betrieb, indem sie Schlüsselstellen der Maschinen abmontierten und versteckten. Sie nahmen auch als Faustpfand das aus 65.000 Stück bestehende Uhrenlager mit.

Das Ziel der Produktion in Eigenregie war mehrfach. Primär wollte man sich finanziell über Wasser halten, man wollte auch zeigen, daß die Unternehme r nicht unersetzlich wären. Man war sich klar, daß die Betriebsbesetzung und die Arbeiterselbstverwaltung kein Dauerzustand sein konnte, so daß man im Verlauf der Kämpfe keinen Kompromiß mit den Sachgesetzen des Kapitals einging. Es gab keine Geheimnisse, alle kommerziellen und politischen Daten wurden jedermann publik gemacht, man weigert sich einen recht beachtlichen Auftrag von Kuwait anzunehmen, da den Arbeitern das politische System von Kuwait suspekt war. Beim Verkauf der Uhren startete man einen Direktangriff gegen den Groß- und Zwischenhandel, indem man ihn ausschloß. Die Uhren wurden zum Fabrikspreis direkt verkauft. Die normale Handelsspanne bei den Uhren betrug 40%, so daß die Uhren jetzt um 40% billiger wurden. Die Hauptabnehmer der Uhren waren LIP-Solidaritätskomitees, die sich in fast allen größeren Fabriken und Städten Frankreichs bildeten.

Um die Funktionsfähigkeit des "aktiven Streiks" zu gewährleisten wurden fünf Kommissionen geschaffen: Produktion, Verkauf, Verwaltung, Öffentlichkeitsarbeit und Sicherheit. Alle Kommissionen sind offen zugänglich, jeder am Streik beteiligte Arbeiter ist verpflichtet mindestens einer Kommission anzugehören. Die hauptsächliche Arbeit wird wegen Qualifikationserfordernissen zwar noch immer von Spezialisten getätigt, damit aber diese keine Eigeninteressen entwickeln können, oder elitär werden, unterliegen sie der ständigen Kontrolle der Arbeiter. Sie müssen sich ihnen gegenüber jederzeit über alles verantworten. Man erkannte, daß oft ein großes Hemmnis für die Selbstinitiative der Arbeiter ihr mangelndes Selbstbewußtsein ist, daß sie sich zu bestimmten Dingen nicht fähig fühlen und diese deshalb anderen Leuten überlassen, die ihnen nicht freundlich ge-

sinn sind. Gegen diese Vorstellungen versuchte man organisatorisch anzukämpfen. In den Kommissionen konnten und mußten sich die Arbeiter mit den Dingen auseinandersetzen, den den Schein des geheimnisvollen trugen. Über die Tätigkeit in den Kommissionen mußte jeden Tag in der allgemeinen Betriebsversammlung Rechenschaft abgelegt werden.

Das Gefühl der Arbeiter, die eigenen Herren zu sein, nicht mehr für jemand anderen etwas sinnloses herstellen zu müssen, verlieh der Belegschaft die Kraft viel mehr Arbeit zu investieren, als im "normalen" Betriebsgeschehen. So wie in allen ähnlichen früheren Fällen zeigt sich, wie dünn die Schale der Apathie der Arbeiter ist, wie schnell sie in einer freieren Situation in Begeisterungsfähigkeit, Solidarität, Opferbereitschaft und Phantasie umschlagen kann. Von den durch den Uhrenverkauf erzielten Erlösen erhalten alle Arbeiter und Angestellte den gleichen Lohn, er variiert nur nach Familiengröße. Längerfristig ist das sicherlich illusorisch, aber es zeugt dennoch von einem egalitären Bewußtsein, wenn diese Maßnahme nicht nur mit der Notsituation, sondern auch mit dem Wunsch nach Abbau von Hierarchien begründet wird.

Zu Beginn der Kämpfe war "das Aktionskomitee" dominierend, das während des Maiaufstandes 1968 gebildet wurde. Es wirkte zunächst auch mobilisierend. Von ihm kamen die Gedanken der Fabriksbesetzung und der Aufnahme der Produktion in Eigenregie. Das Aktionskomitee war der unmittelbare Ausdruck früherer und gegenwärtiger Kämpfe, es trug nicht so wie die Gewerkschaften den Stempel der Erstarrung, Bürokratisierung und Bevormundung. Es wirkte auch vereinhilichend, es repräsentierte sowohl die nichtgewerkschaftlich Organisierten als auch die verschiedenen Richtungs-gewerkschaften. Im Verlaufe des Streiks verlor dieses Aktionskomitee jedoch immer mehr an Einfluß, an dessen Stelle traten die beiden Gewerkschaften CFDT und CGT. Kurzfristig können Aktionskomitees den Platz beanspruchen, den in ruhigen Zeiten die Gewerkschaften innehaben, auf längere Dauer setzen sich auch in Krisenzeiten dann meist die Gewerkschaften durch. Sie haben doch den größeren Apparat, die größeren finanziellen Mittel und auch die klarere, wenn auch meist eine reformistische Plattform. Es gab links von der CFDT und der CGT kaum nennenswerte politische Kräfte im Betrieb. Die Arbeiter lehnten im Betrieb die Bevormundung von der CGT ab, die einzig Linken zu sein (neben der CFDT), sie begrüßten die Unterstützung der gauchistischen (ganz linken) Gruppen, reagierten allerdings empfindlich gegen den erhobenen Zeigefinger oder gegen das Sektierertum dieser Gruppen.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Weiterführung des Uhrenwerkes in Arbeiterselbstverwaltung soll als "aktiver Streik" der Selbstverteidigung verstanden werden und nicht als Möglichkeit einer "sozialistischen Selbstverwaltungsinsel im Kapitalismus". Mit diesem Experiment wurde nicht bewiesen, daß die Arbeiter ohne Chefs, ohne unternehmerfreundliche höhere Angestellte, ohne hierarchische Strukturen das Werk längerfristig in Gang halten können. Dies war auch nicht die Absicht der Kämpfe, man wußte Bescheid über die Grenzen solcher Initiativen in einer kapitalistischen Umwelt. ♦

Wenn nach Schluß der Verhandlungen zwischen Regierung und Arbeitervertreter der Betrieb wieder regulär seine Produktion aufnimmt, wird sicherlich nicht alles beim Alten bleiben. Die mit einem gesteigerten Selbstbewußtsein aus den Kämpfen hervorgehenden Arbeiter fordern nicht nur Garantie der Arbeitsplatzsicherung, sondern auch demokratische Strukturen in der Arbeiterorganisation, Angleichungen im hierarchisch gegliederten Lohnsystem und mehr Rechte bei der betrieblichen gewerkschaftlichen und politischen Betätigung.

In einem Betrieb, der heruntergewirtschaftet wurde, vor

der Stilllegung steht, sind Streiks oder bloße Werksbesetzungen kein wirksamer Schutz für die Arbeiter. Die Zeit wird zu einem Verbündeten des Kapitals, denn die Lohnabhängigen stoßen bald auf ihre finanziellen Grenzen. Setzen sie jedoch in Eigenregie, im beschränkten möglichen Rahmen, mit den vorhandenen Lagerbeständen und intakten Produktionsmitteln die Erzeugung fort, halten sie sich durch die Verkaufserlöse teilweise schadlos, so steht dann das Kapital unter Druck und unter Zugzwang.

Hans Steiner

politische tätigkeit & recht

Justiz und Gesetz sind im Bewußtsein der meisten Menschen bedrohliche Begriffe und das nicht zu Unrecht.

Selbst für das aufgeklärtere Bewußtsein, das es als Machtinstrument der herrschenden Klasse begreift, wird das Recht dadurch nicht anziehender. Die Folge davon ist, daß aus Unwissenheit Aktivitäten gesetzt werden, deren rechtliche Konsequenzen einerseits in keinem Verhältnis zu ihrer praktischen Wirkung stehen und andererseits manche legale Möglichkeit politischer Tätigkeit nicht entsprechend genützt wird.

Um diesem Mangel abzuhelpen hat das Redaktionskollektiv der "ANSCHLÄGE" den

ANSCHLAG 3

herausgebracht.

Zu erhalten ist diese Broschüre in den Buchhandlungen Heinz Kolisch und Brigitte Herrmann. Selbstverständlich auch im Sekretariat der FÖJ – Bewegung für Sozialismus Belvederegasse 10, Telefon 65 19 52.

VOLLVERSAMMLUNG am Donnerstag, den 18.10.1973
um 19 Uhr in Club links
1020 Wien, Odeongasse/Gr.Mohreng.

DIE STELLUNG DER "HJ/BFS ZUR GEGENWÄRTIGEN ENTWICKLUNG IM
NAHEN OSTEN (Einleitung: Patka/Steiner)

D i s k u s s i o n s g r u n d l a g e:
(Vorlage der Leitung der "HJ/BFS)

Der zionistische Staat in seiner gegenwärtigen Realität ist von seiner historischen Entstehungsgeschichte nicht zu trennen. Diese ist in einer bestimmten kolonialistischen Konzeption angelegt, deren Verwirklichung im Nahen Osten stets nur mit Hilfe der jeweils dort bestimmenden europäischen Kolonialmächte bzw. des US-Imperialismus möglich war. Die zionistischen Strukturen einer neuen "Reimstätte für Juden in Palästina" standen von Anfang an in direktem Widerspruch zu den territorialen, nationalen und ökonomischen Interessen der dort ansässigen Araber und Juden. Die Vertreibung, Diskriminierung und Verfolgung der einen ging mit der Ghettoisierung der anderen Hand in Hand, sobald sie aus jeweils verschiedenen Gründen aus den von den Einwanderern diktierten neuen gesellschaftlichen Normen ausgeschlossen oder diese nicht zu akzeptieren bereit waren. Die "nationale" Identität Israels stieß an ihre eigenen chauvinistischen und offen rassistischen Grenzen, welche im konfessionellen Selbstverständnis nicht aufzuheben waren. So wurde Israel als Brückenkopf imperialistischer Interessen sowohl Faktor seiner permanenten Selbstbedrohung als auch des nationalen Einigungs- und antiimperialistischen Bewußtseinsprozesses der arabischen Massen. Dieser circulus vitiosus trieb die "Selbstverteidigung" in ständig sich erneuernde Expansionsunternehmen, deren Resultat u.a. die besetzten Gebiete sind, um welche heute im Nahen Osten wieder Krieg geführt wird. Jede kriegerische Auseinandersetzung entspringt hier "logischerweise" der zionistischen Aggression. Ihre Geschichte ist so alt wie der zionistische Staat Israel.

So selbstverständlich es das Recht eines jeden antiimperialistischen Landes ist, seine von einer fremden Macht okkupierten Gebiete mit allen Mitteln zurückzugewinnen, stellt sich für die sozialistische Linke dennoch die Frage nach den Nutznießern auch dieses jüngsten Waffenganges im Nahen Osten. Die Stärke Israels bestand seit jeher in der Schwäche seiner arabischen Kontrahenten, die sich nicht nur ökonomisch und militärisch, sondern noch vielmehr politisch manifestiert hat. In die antiimperialistische Rolle wurden die meisten

Tip - meeting am 24.10.1973 um 19 Uhr in Gewerkschafts-
haus, 1040 Wien, Treitelstr. 3 mit Mitgliedern des Streikkomitees

Regierungen und Führungscliquen der arabischen Reaktion hineinge-
nötigt - sie versuchten bis heute mehr von der imperialistischen
Konkurrenz (ehemalige Kolonialländer England und Frankreich bzw.
EG-Imperialismus contra US-Imperialismus) zu profitieren, als eine
wirkliche antiimperialistische Front konsequent zu eröffnen. Die
weltstrategische Bedeutung ihrer Länder (M) erlaubte ihnen schon
früher eine Politik des Lavierens und des Ausspielens der Weltmächte
zu betreiben. Diese Politik basierte aber weder im Inneren auf einer
gesellschaftlichen Umwälzung, welche die Steigerung der Produktiv-
kräfte mit einer Demokratisierung und Erhöhung des Lebensstandards
für das Land- und Stadtproletariat verbunden hat, noch im Äußeren
auf einer durchgehenden Verneinung imperialistischer Einflüsse und
Interessen. Besonders lehrreich für beide Seiten ist in diesem
Zusammenhang die Rolle der Sowjetunion. Ihre Unterstützung für den
antiimperialistischen Kampf der arabischen Völker wurde wiederholt
drastisch karikiert von den eigentlichen Empfängern dieser Hilfe:
der Sadat und Numeiri, die aus ihrer mit islamischer Tradition ge-
sättigten Abneigung gegenüber dem Sozialismus marxistischer Prägung
nie ein Hehl gemacht, jede linke Bewegung im Keim erdrosselt und,
wenn's sein mußte, ein Blutbad unter Kommunisten und ihren Führern
veranstaltet haben. (Die Haltung der VR China, die sich im Nahen
Osten auf diplomatische Gesten beschränken muß, ist nicht minder
bestürzend.)

Dies alles verwundert nicht angesichts des Fehlens einer breiten
sozialistischen Massenbewegung unter den armen Bauern und dem sich
langsam heranbildenden arabischen Proletariat. Es ist nicht zuletzt
die von der arabischen Reaktion, voran dem Henker Hussein, ausge-
löste tiefe Krise der Palästinensischen Revolution, die die militäri-
schen Aktionen der arabischen Staaten zu einer reinen "Fortsetzung
der Politik mit anderen Mitteln" problematisiert. Es wird ihnen somit
die Möglichkeit eröffnet, nach einer zielbewussten Liquidierung der
arabischen revolutionären Linken, jene innerarabischen Probleme sozia-
ler Natur zu verdrängen, ohne deren Lösung die Bekämpfung des Zionis-
mus und des Imperialismus im Nahen Osten bestenfalls zu einer gerecht
gewendeten nationalen Sache, schlimmstenfalls zum wieder proklamier-
ten "Heiligen Krieg" wird.

Wie immer die Schlacht im Nahen Osten ausgehen mag: Israel wird auf
die Dauer den Krieg im Nahen Osten verlieren. Die arabischen Staaten
werden selbst eines formellen militärischen Siegs gegen Israel nicht
froh werden, wenn sie zum nationalen Befreiungskampf nicht die sozia-
le Dimension hinzugewinnen werden, welche gemeinsam mit der revolu-
tionären Lösung der Probleme des Klassenstaats Israel einzig den
dauerhaften Frieden im Nahen Osten garantieren können.